



nungen Forstrat, Oberforstrat, Forstdirektor und Leitender Forstdirektor ersetzt. Die Bezeichnungen „Meister“ kamen aus früheren Zeiten.

Im gehobenen Dienst erfolgte die Änderung vom Revierförster, Oberförster, Forstamtmann, Forstoberamtmann in den neuen Bezeichnungen Forstinspektor, Forstoberinspektor, Forstamtmann, Forstamtsrat und Forstoberamtsrat.

An den Beispielen kann man erkennen, dass die Reform der Dienstkleidung 1976 schon einiges grundlegend verändert hat. Übrigens hat NRW seinerzeit die Reform federführend für die anderen

Bundesländer durchgeführt. Sie wurde von fast allen Ländern übernommen.

Nun haben wir nach 35 Jahren wieder eine Reform der Dienstkleidung, die der moderneren Zeit angepasst worden ist. Diese ist sicherlich viel funktioneller als die alte Dienstkleidung und daher insbesondere für den Außendienst bei der täglichen Arbeit viel besser geeignet. Doch, ob sie bei der Bevölkerung ebenfalls zu einem hohen Erkennungswert führt, das müssen die nächsten Jahre erst zeigen.

Der Förster ist bundesweit eine vom Aussterben bedrohte Spezies. Auch eine

neue Dienstkleidung führt nicht zu einer Verbesserung der Stellsituation. Es stellt sich für mich die Frage, warum sich der Minister und die Leitung des Landesbetriebes nicht mit dem gleichen Engagement, den sie bei der Einführung der neuen Dienstkleidung gezeigt haben, auch für die Sicherung und den Erhalt von Stellen für Forstleute einsetzen können, die diese neue Dienstkleidung dann auch tragen können. Denn durch den radikalen und unverantwortlichen Stellenabbau sieht der Bürger trotz der neuen Dienstkleidung eher ein Reh als einen Förster im Wald. ■ DR

Bürgerwald im Wahlkampf

Rechtzeitig zu den NRW-Landtagswahlen 2010 rückt der Wald in der Region Radevormwald in den Fokus der Öffentlichkeit.

Was ist passiert? Die Landesregierung, hier federführend das Umweltministerium, hat im Jahr 2006 eine Staatswaldfläche von rund 200 Hektar gegen den massiven Widerstand der Bürgerinnen und Bürger in Radevormwald und im Wiebachtal an ein belgisches Forstunternehmen freihändig zu einem Schleuderpreis von 0,25 Euro verkauft. Der Verkauf erfolgte, obwohl für eine Teilfläche der Verkaufsfläche in Größe von etwa 100 Hektar das behördliche Unterschutzstellungsverfahren als Naturschutzgebiet bereits eingeleitet war.

Wald inzwischen ausgeräumt

Inzwischen hat der belgische Forstunternehmer seinen Wald entsprechend ökonomisch genutzt und dabei auch das Naturschutzgebiet nicht geschont. Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) hat nie Hehl daraus gemacht, dass er der Ökonomie gegenüber der Ökologie im Wald den Vorzug gibt. Er ist dafür verantwortlich, dass der Begriff „ordnungsgemäße Forstwirtschaft“ seine frühere Qualität verloren hat. Nur deshalb ist es möglich, dass gegen die Interessen der Menschen in ihrem „Bürgerwald“ legal Raubbau an der Natur betrieben wird.

Bürger wollen Wald zurückkaufen

Der rigorose Umgang mit ihrem Wald hat die Bürger wenige Monate vor den Landtagswahlen veranlasst, sich offen gegen

den damaligen Waldverkauf zu stellen. Bereits im Mai 2009 ist die Bürgerinitiative Wiebachtal gegründet worden, die inzwischen über 400 Mitglieder verfügt. Sie wollen das zwischen Hückeswagen und Radevormwald gelegene Wiebachtal gegen weitere Zerstörung schützen.

Um dieses Ziel auch erreichen zu können, planen Bürgerinnen und Bürger, den Wald käuflich zu erwerben und ihn dann als Bürgerwald für die Menschen als Naherholungsgebiet und Naturschutzgebiet dauerhaft zu erhalten. Alle Landtagsabgeordneten in der betroffenen Region sollen den Verkauf des Staatswaldes als misslungen bezeichnet haben und sprechen sich für eine Lösung im Interesse der Bürger aus.

Regierung Rüttgers hat kein Interesse am Wald

Dass sich die Regierung Rüttgers keinen Deut für den Wald interessiert, hat sie im vergangenen Jahr in der Eifel nachdrücklich unter Beweis gestellt. Gegen den Protest von Bürgern und Bürgermeistern (alle CDU) der betroffenen Eifelgemeinden sowie Berufs- und Naturschutzverbänden haben Umweltminister Eckhard Uhlenberg und Finanzminister Helmut Linssen (beide CDU) Staatswald an die „bofrost“-Stiftung verkauft. Auch die im Landtag angehörten Experten haben sich mit ihren Stellungnahmen gegen den Verkauf nicht durchsetzen können. Das Wiebachtal und die Eifel werden

keine Einzelfälle bleiben.

Diese Landesregierung will sich aus der ökologischen und sozialen Verantwortung für den Wald als Erholungsstätte für die Menschen stellen. Zugleich will sie die Einnahmen aus dem Waldverkauf für ihre Klientelpolitik nutzen; zum Beispiel für die Förderung von landwirtschaftlichen Projekten.

Wald weckt Emotionen

Der Wald liegt den Menschen näher am Herzen, als die Politik glauben will. Immer dann, wenn der Wald in Gefahr gerät, haben sich Menschen zusammengefunden, um sich für seinen Schutz und für den Erhalt seiner sozialen und ökologischen Funktionen einzusetzen. Auch wenn der Wald bisher in den Wahlkämpfen eine untergeordnete Rolle gespielt hat, so sollte er in 2010 durch den Druck der Menschen im bevölkerungsreichsten Bundesland zu einem erklärten Wahlkampfziel erhoben werden.

Gerade für die 18 Millionen Menschen in NRW muss das Land seinen Staatswald erhalten und vermehren, damit er sowohl den Menschen zur Erholung dient, als auch seine wichtige Rolle für den Klimaschutz wahrnehmen kann. Es muss endlich Schluss damit sein, den landeseigenen Bürgerwald weiter zu ökonomisieren.

Ich denke, eine Chance für den BDF in NRW seinen politischen Einfluss aufzupolieren. ■

Bernhard Dierdorf